



Freitag, 05. Februar 2021 11h25

## MEDIENMITTEILUNG

# 5-FRANKEN TAGESKARTEN FÜR SCHULKLASSEN

Die Verkehrskommission des Ständerates unterstützt mit 7 zu 5 Stimmen das Anliegen von vier parlamentarischen Initiativen, die Mobilität von jungen Menschen zu Bildungszwecken zu vergünstigen.

Persönliche Eindrücke und der Austausch von Person zu Person sind gerade für junge Leute von unschätzbbarer Bedeutung. Die Kommission prüfte die vier gleichlautenden parlamentarischen Initiativen

**19.504 Munz, 19.505 Roduit, 19.506 Ey-**  
**mann und 19.507 Trede Vergünstigte Tageskar-**

**ten für Schulklassen.** Sie verlangen, dass Schülerinnen und Schüler im Rahmen von schulischen Anlässen zu einem vergünstigten Tarif den öffentlichen Verkehr benützen können. Der Bund soll den Transportunternehmen die entstehenden Mindereinnahmen abgelten. Die KVF unterstützt die Forderun-

gen der Initiativen, da sie der Ansicht ist, dass schulische Aktivitäten ausserhalb des Klassenzimmers ein wichtiges Element der schulischen Bildung darstellen. Zugleich macht die Kommission darauf aufmerksam, dass die Tarifregelung in den Aufgabenbereich der Alliance SwissPass fällt. Daher wäre es nach Ansicht der KVF-S wünschenswert, wenn die Branchenorganisation des öffentlichen Verkehrs einen Tarifvorschlag im Sinne der parlamentarischen Initiativen vorlegt. In einem zweiten Schritt sollte dann eruiert werden, ob eine Gesetzesänderung notwendig erscheint.

Die Gegnerinnen und Gegner der Initiativen weisen auf die föderale Kompetenzordnung hin, welche alle schulischen Fragen klar den Kantonen und teilweise den Gemeinden, nicht aber dem Bund zuweist.

Die Kommission entschied zudem oppositionslos die Beratung der **Motion Storni. Weniger Sozialdumping und mehr Kostenwahrheit beim Strassen-transport. Berufschauffeurs und Berufschauffeusen sollen ihre wöchentliche Ruhezeit nicht mehr im Fahrzeug verbringen dürfen** zu Gunsten von Anhörungen über die Thematik zu verschieben. Dabei sollen insbesondere die unterschiedlichen Regelungen der Arbeitsbedingungen der Lastwagenfahrerinnen und -fahrer zwischen der EU und der Schweiz im Zentrum stehen.

Ausserdem beantragt die Kommission einstimmig die **Motion Pasquier. Monitoring des alpenquerenden Gefahrguttransports ( 20.3696 )** anzunehmen. Um die Sicherheit im Transitverkehr weiterhin zu gewährleisten, ist es notwendig die Entwicklung von gefährlichen Transporten im Alpenraum zu dokumentieren, so die Kommission.

Im August des letzten Jahres hatte die Kommission die Behandlung der **parlamentarischen Initiative Lüscher. Bessere Würdigung der Umstände, die Führerinnen und Führer eines Feuerwehr-, Sanitäts-, Polizei- oder Zollfahrzeugs auf dringlichen Fahrten berücksichtigen mussten** ( **19.416** ) verschoben, um laufende Arbeiten des Bundesrates in diesem Bereich abzuwarten. Die KVF hat sich nun von der Verwaltung über den aktuellen Stand dieser Arbeiten informieren lassen. Sie ist der Ansicht, dass im Bereich der Blaulichtorganisationen nach wie vor Handlungsbedarf besteht. Mit 9 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung hat sie daher dem Beschluss ihrer Schwesterkommission, der Initiative Folge zu geben, zugestimmt. Sie weist aber darauf hin, dass es zielführend ist, die Diskussion über die Umsetzung der Initiative im Rahmen der Teilrevision des Strassenverkehrsgesetzes zu führen, die noch in diesem Jahr zuhanden des Parlaments verabschiedet wird und bittet ihre Schwesterkommission daher, keine parallele Gesetzgebung in die Wege zu leiten.

Die Kommission hatte im November 2019 eine Motion eingereicht ( **19.4381 Rahmenbedingungen für emissionsärmere Nutzfahrzeuge** ), um die Umstellung der Nutzfahrzeuge auf klimafreundlichere Modelle zu unterstützen. Namentlich sind eine Reduktion der LSVA und die Anpassung der Maximallänge der Fahrzeuge vorgesehen. Der Nationalrat hat in der Wintersession den Text der Motion angepasst und noch stärker den Aspekt des «fossilfreien», statt «schadstoffarmen» Antriebs betont. Die KVF-S unterstützt die geänderte Motion nach wie vor und beantragt ihrem Rat mit 11 zu 0 bei 1 Enthaltung deren Annahme.

Vertreter der Eisenbahnunternehmen (VöV) und des Bundesamtes für Verkehr (BAV) haben die Kommis-

sion über den Stand der Arbeiten zu **Smartrail 4.0** informiert. Dieses Digitalisierungs- und Modernisierungsprogramm ist von der Eisenbahnbranche unter Federführung der SBB im Jahr 2017 gestartet worden.

Die Kommission hat sich vom CEO über die am 26. Januar 2021 kommunizierte **Sistierung von Immobilienprojekten der SBB** informieren lassen. Diese Sistierung war nötig, um die vom Eigner geforderte Einhaltung der Verschuldungsobergrenze einhalten zu können. Die Kommission bedauert diesen Entscheid, der mittel- und längerfristig sowohl für die SBB wie für die Volkswirtschaft nachteilige Folgen haben wird und gerade in den aktuellen konjunkturell schwierigen Zeiten im Gegensatz zu den übrigen staatlichen Interventionen steht. Sie hat einstimmig beschlossen, die zuständigen Departemente UVEK und EFD in einem Brief aufzufordern, diesen Entscheid zu überdenken und den Fahrplan für die Wiederaufnahme der sistierten Projekte aufzuzeigen.

Ferner hat die Kommission mit 5 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen entschieden, ihrem Rat die Motion des Nationalrates **20.3934 Private Reisebusbranche in der Existenzkrise. Dringend notwendige Härtefallregelung!** zur Ablehnung zu beantragen. Die nötigen und berechtigten Hilfen für die hart getroffenen Reisebusunternehmen sollen im Rahmen der heutigen und künftigen Härtefallmassnahmen des Bundes gesprochen werden. Die Minderheit möchte die Motion angesichts der verzweifelten wirtschaftlichen Lage der betroffenen Branche annehmen.

---

**AUTOR**

KVF-S

Sekretariat der Kommissionen für Verkehr und Fernmeldewesen

CH-3003 Bern

[www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)

[kvf.ctt@parl.admin.ch](mailto:kvf.ctt@parl.admin.ch)

## AUSKÜNFTE



Stefan Engler  
Kommissionspräsident  
079 400 30 25

Stefan Senn  
Kommissionssekretär  
058 322 95 36